

**Senator Dr. Thilo Sarrazin**

[Beifall bei der SPD]

sowohl auf der Ebene des Abgeordnetenhauses als auch des Bayerischen Landtages als auch des Bundestages. Ich gebe ein aktuelles Beispiel: Aus der CSU kommen gegenwärtig Forderungen, bei der Rente den sogenannten Riester-Faktor abzuschaffen, immerhin von einem Bundesminister Seehofer und einem Abgeordneten Ramsauer, dem Sprecher der CSU-Landesgruppe, geäußert. Niemand fordert oder erwartet, dass die CSU jetzt eine Gesetzesinitiative startet. Es handelt sich um eine politische Äußerung im Rahmen einer weiteren Diskussion, die in diesem Sinne richtig eingeordnet wird.

Wenn Sie mein Interview in der „Wirtschaftswoche“ lesen, sehen Sie, dass es sich um Zusammenhänge auf der Bundesebene handelt. Es geht darum, weshalb der Bundeshaushalt seit vielen Jahren – unabhängig davon, wer gerade Finanzminister ist oder wer regiert – dauerhafte Probleme hat. Meine Äußerungen waren analytisch und enthielten keine Forderungen. Ich verweise dazu auf den gestern erschienenen Länderbericht der OECD, der zu einer ähnlichen Analyse kommt.

[Zuruf von Mieke Senftleben (FDP)]

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön! – Eine Nachfrage des Kollegen Lehmann! – Bitte schön!

**Rainer-Michael Lehmann (FDP):**

Danke schön! – Dann frage ich noch dezidierter nach: Was sollte Ihrer Ansicht nach geschehen, um das von Ihnen im Interview beschriebene Kardinalproblem zu beheben, dass durch das Hartz-IV-Niveau bereits eine Art Arbeitsanreize hemmender Mindestlohn besteht?

**Präsident Walter Momper:**

Herr Senator Dr. Sarrazin – bitte!

**Senator Dr. Thilo Sarrazin (Senatsverwaltung für Finanzen):**

Wenn Sie sich das Thema international anschauen und so unterschiedliche Staaten nehmen wie Dänemark, Schweden, Holland, die Schweiz, die USA oder Kanada, dann sehen Sie, dass sich überall die Frage stellt, wie ich ein vernünftiges soziales Mindestniveau so mit Arbeitsanreizen verbinde, dass einerseits alle Menschen menschenwürdig existieren können, auch keinen Hunger und keine Not leiden, andererseits jedoch der Arbeitsmarkt möglichst gut ausgeschöpft wird. Die OECD hat gerade in ihrem aktuellen Bericht, den ich auch erst gestern bekam, darauf hingewiesen, dass wir eine besonders niedrige Arbeitsmarktausschöpfung haben. Diese führt nicht nur zu hoher Arbeitslosigkeit, sondern auch zu dem Paradox, dass wir ein deutlich niedrigeres Sozialprodukt als zum Beispiel die Schweiz haben, obwohl man das von den Umständen her nicht vermuten sollte.

Wo weniger gearbeitet wird, werden weniger Werte geschaffen und da ist auch weniger zu verteilen. Damit muss man sich immer wieder auseinandersetzen und schauen, dass man in der Analyse nicht in Sackgassen kommt. Das Problem mit solchen Analysen ist, dass ich, wenn ich von der einen Seite her etwas angehe, zu einem Ergebnis komme, gehe ich von der anderen, komme ich zu einem ganz anderen Ergebnis, von einer dritten Seite wieder zu einem anderen. Sowohl in der Wissenschaft wie in der Politik ist es notwendig, diese Dinge abzuwägen, wobei es die Wissenschaft dabei zugegeben leichter hat als die Politik.

[Dr. Frank Steffel (CDU): Können Sie das noch einmal erklären?]

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön, Herr Dr. Sarrazin! – Nachfragen haben wir nicht.

Dann kommen wir zur nächsten Frage, der Frage Nr. 6 des Kollege Lars Oberg von der SPD zum Thema

#### **Schulhelferinnen und Schulhelfer im Regelunterricht**

– Bitte schön, Herr Oberg, Sie haben das Wort!

**Lars Oberg (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich frage den Senat:

1. Wie bewertet der Senat Pressemitteilungen, nach denen die Versorgung behinderter Kinder mit Schulhelferinnen und Schulhelfern für behinderte Schülerinnen und Schüler im Regelunterricht der allgemeinbildenden Schulen gefährdet ist, und welche rechtlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen liegen dieser Versorgung zugrunde?
2. Ist nach Auffassung des Senats gewährleistet, dass behinderten und insbesondere autistischen Kindern über das laufende Schuljahr hinaus ein Schulhelfer oder eine Schulhelferin im erforderlichen Umfang zur Verfügung gestellt werden kann?

**Präsident Walter Momper:**

Herr Bildungssenator Prof. Zöllner – bitte!

**Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Oberg! Zur Frage 1: Es gibt im laufenden Schuljahr keine Mittelkürzung und keine Reduzierung beim Einsatz von Schulhelfern. Das ist zunächst einmal entge-

**Senator Dr. Jürgen Zöllner**

gen Medienberichten festzuhalten, denen offensichtlich ein Missverständnis zugrunde liegt.

Zum Sachverhalt selbst: In der Vorbereitung des Schuljahres 2007/2008 hatte der Senat beschlossen, für die Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung die Förderstufe II flächendeckend personell auszustatten. Dadurch haben wir 24 Stellen für Betreuer neu geschaffen und können den Personalbestand an den entsprechenden sonderpädagogischen Förderzentren nun dauerhaft sichern. Zur Überbrückung – ich betone: Überbrückung! – der Zeit während des laufenden Verfahrens der Personalbereitstellung, zumal wir die neuen Betreuer aus dem Zentralen Personalüberhangmanagement übernehmen, haben wir eine auch pädagogisch vernünftige Lösung für die Schulen gefunden. Zunächst sind hier noch Schulhelfer zum Einsatz gekommen. Es ist klar, dass der ersatzweise Schulhelfereinsatz ausläuft, wenn die Betreuer zur Verfügung stehen. Momentan qualifizieren wir die neuen Betreuer berufsbegleitend. Zur Einarbeitung werden Betreuer und Schulhelfer gemeinsam arbeiten, damit sich auch die Kinder auf die neuen Bezugspersonen umstellen können.

Zur Rechtslage kann ich darauf verweisen, dass der Schulhelfereinsatz grundsätzlich auf der Basis der Sonderpädagogikverordnung und eines zusätzlichen detailregulierenden Rundschreibens erfolgt. Beide Regelungen zielen auf die Unterstützung bei Pflege- und Hilfsmaßnahmen anspruchsberechtigter Schülerinnen und Schüler im Unterricht, die ohne diese Hilfe die Schule nicht besuchen können.

Zur Frage 2: Bisher wurden die Anträge auf Einsatz von Schulhelfern für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen der verfügbaren Mittel geprüft und bei Anerkennung des Bedarfs bewilligt. An dieser Verfahrensweise wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Zur Absicherung des Schuljahres 2008/2009 werden derzeit die haushaltswirtschaftlichen Vorbereitungen getroffen und die entsprechenden Verträge erarbeitet. Mittelstreichungen oder auch Mittelkürzungen sind nicht vorgesehen. Es werden alle Anstrengungen unternommen, die Finanzierung der Schulhelfereinsätze weiterhin auch in dem entsprechenden Schuljahr sicherzustellen.

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön, Herr Senator! – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Oberg. – Bitte schön!

**Lars Oberg (SPD):**

Danke! – Herr Senator! Inwieweit ist geplant, dass die bislang auf das einzelne Kind bezogen arbeitenden Schulhelfer durch gruppenbezogene Betreuer ersetzt werden?

**Präsident Walter Momper:**

Herr Senator Prof. Zöllner – bitte schön!

**Senator Dr. Jürgen Zöllner** (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich gehe davon aus, dass man von dem Grundsatz nicht abweicht, wobei ich nicht ausschließen kann, dass im Einzelfall eine vernünftige Maßnahme in dem Sinn erfolgt. Aber der Grundsatz wird eingehalten werden.

**Präsident Walter Momper:**

Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Steuer von der CDU – bitte schön, Herr Steuer!

**Sascha Steuer (CDU):**

Danke sehr! – Herr Senator! Kennen Sie tatsächlich Pressemeldungen, die behaupten, dass die Zahl der Schulhelfer an den Regelschulen gekürzt werden soll, oder kennen Sie nicht wie ich Pressemeldungen, in denen es darum geht, dass die Zahl der Schulhelfer an den Förderzentren gekürzt werden soll, weil sie zu den Regelschulen umgeschichtet werden? Meinen Sie, dass es verantwortbar ist, den Kindern an diesen Förderzentren, die ohne Schulhelfer gar nicht zur Schule gehen könnten, das Personal zu kürzen?

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön! – Herr Senator Prof. Zöllner – bitte!

**Senator Dr. Jürgen Zöllner** (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich kenne die von mir geschilderten Medienberichte, die auf diese Übergangssituation und möglicherweise dabei aufgetretenen Missverständnisse zurückzuführen sind. Ich unterstelle niemanden eine böse Absicht. Selbstverständlich muss die Betreuung derjenigen Kinder, die auf diese Betreuung angewiesen sind, sichergestellt sein.

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön, Herr Senator!

Es geht weiter mit einer Frage von Frau Demirbükten-Wegner von der CDU-Fraktion zum Thema

**Umsetzung des Krippenplatz-Ausbauprogrammes des Bundes in Berlin?**

– Bitte schön, Frau Demirbükten-Wegner!

**Emine Demirbükten-Wegner (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Für wie viel der 15,3 Millionen € Bundesmittel, die Berlin aus dem Sondervermögen zur Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Sicherung und Schaffung